

■ ZUSAMMENFASSUNGEN DER AUFSÄTZE

Andrea Strübind, Der internationale Versöhnungsbund als ökumenischer und interreligiöser Wegbereiter für Menschenrechte

Der Beitrag untersucht die Bedeutung des internationalen Versöhnungsbundes (Fellowship of Reconciliation) für die US-amerikanische Bürgerrechtsbewegung unter der Leitung von Martin Luther King, die im Busboykott von Montgomery 1955 einen ersten gewaltfreien Massenprotest mobilisieren konnte. Die Geschichte dieser großen ökumenisch-pazifistischen Organisation ist vor allem im Blick auf Europa noch wenig erforscht. Der internationale Versöhnungsbund unterstützte die sich entwickelnde Bürgerrechtsbewegung in den USA in ideeller, personeller, materieller und organisatorischer Hinsicht. Er brachte vor allem das »KnowHow« und die Methodik des sich an Gandhi orientierenden gewaltlosen Widerstands ein. Dennoch hat die Bürgerrechtsbewegung in Theologie, Praxis und Spiritualität ein ganz eigenes Gepräge und ein unverwechselbares Profil generiert, das unverrückbar mit der Black Church zusammenhängt.

Gerhard Besier, 80 Jahre Ökumenischer Rat der Kirchen: Theologische, politische und soziale Ambiguitäten

Der Weg des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) von 1948 bis 2018 spiegelt die großen Hoffnungen, die viele Menschen nach dem Zweiten Weltkrieg in die schöpferischen Kräfte des Christentums setzten. Nach einem verheißungsvollen Neuanfang zeigte sich jedoch, dass der ÖRK unter den Bedingungen des Kalten Krieges seinen Kurs einer engagierten, brückenbildenden Neutralität zwischen den Blöcken nicht durchhalten konnte. Er geriet immer stärker unter den Einfluss jener sozialistischen Ideen, die der »real existierenden Sozialismus« im Ostblock für sich reklamiert hatte. Dazu trug nicht nur der wachsende Einfluss der Russisch-Orthodoxen Kirche und der Kirchen aus Ländern der damals so genannten »Dritten Welt« bei, sondern auch gesellschaftliche Umbrüche wie die verschiedenen Befreiungs- und Emanzipationsbewegungen. Gleichzeitig nahmen eine breite Entkirchlichung in der »Ersten Welt«, die Auflösung christlicher Milieus und der Verlust verbindlicher Glaubensvorstellungen den christlichen Kirchen einen großen Teil ihres früheren Einflusses auf die Gesellschaften. Vor dem Hintergrund dieser nationalen Glaubensauszehrung kann es nicht wundernehmen, dass der ÖRK, nachdem er sich zwischen 1966 und 1989 so eindeutig prophetisch-linkspolitisch positioniert hatte, zu Beginn dieses pragmatischen Jahrhunderts in nahezu völlige Bedeutungslosigkeit versank. Unter theologischen Gesichtspunkten bleibt die Frage, ob eine Indienstnahme theologischer Denkfiguren für politische Zwecke unausweichlich war und ist.

Gerhard Ringshausen, George Bells politisches Engagement im ökumenischen Kontext

1940 veröffentlichte der Bischof von Chichester »Christianity and World Order«. Gerhard Leibholz, Bonhoeffers Schwager, hob zustimmend hervor, George Bell hätte nicht nur ein christliches, sondern auch ein politisches Buch geschrieben. In Zukunft würden sich Politik und Christentum eng miteinander verbinden. Dagegen griff Bell im Mai 1949 die Frage von Bischof Berggrav auf: »Wie können die Kirchen eine spezifisch christliche und kirchliche Position in internationalen Angelegenheiten gewinnen?« Damit setzte er eine deutliche Differenz zwischen den Aufgaben des Staates und der Kirche voraus; entsprechend vermied er als geistliches Mitglied im Oberhaus in seinen Reden zu politischen Themen speziell christliche Argumente.

Der vorliegende Beitrag vertritt deshalb die These, dass Bell den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche am Gemeinwohl in Staat und Gesellschaft gemäß dem Naturrecht unterschied von ihrer eigentlichen Aufgabe, der Predigt des Evangeliums und der Unterweisung der Gläubigen. So besprach er öffentliche Fragen mit Laien, bevor er sie eventuell im Ökumenischen Rat zur Diskussion stellte. Im Unterschied dazu arbeitete Bell in spezifisch kirchlichen Angelegenheiten wie der Unterstützung der Bekennenden Kirche mit Vertretern der Ökumene zusammen. Verpflichtend waren dabei die Einheit der Kirche und die Solidarität der Brüder im Sinne einer ökumenischen und christlichen Ethik.

Eine Folge dieser Unterscheidung war Bells vielfach kritisierte Reaktion auf die jüdischen Opfer des NS-Regimes. Für ihn war der Einsatz für die sogenannten nicht-ariischen Christen eine spezifisch christliche Pflicht, aber das Schicksal des jüdischen Volkes eine politische und humanitäre Aufgabe.

Antti Laine, Juha Meriläinen & Matti Peiponen, Ökumenischer Wiederaufbau, Anwaltschaft und Aktion: Der Ökumenische Rat der Kirchen in Zeiten des Wandels, von den 1940er Jahren bis in die frühen 1970er Jahre

Dieser Artikel wirft ein Licht auf die Geschichte des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) aus der Perspektive dreier unterschiedlicher Programme, die dazu beitrugen, die neue zwischenkirchliche Organisation zum Flaggschiff der modernen ökumenischen Bewegung zu machen. Wiederaufbau, Interessenvertretung und Aktionen bildeten dabei die strategischen Ansätze, derer sich der ÖRK in den turbulenten Zeiten zwischen den 1940er und den 1960er Jahren bediente. Abgesehen von der Wahl dieser drei Zugänge, mit deren Hilfe bestimmte Ziele der ökumenischen Arbeit erreicht werden sollten, entwickelten sich diese drei Ansätze zu programmatischen Elementen innerhalb des ÖRK: der Abteilung für Wiederaufbau, der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten und dem Programm zur Bekämpfung des Rassismus.

Die Motivation des ÖRK lässt sich am besten auf die christlichen Grundsätze der Hilfe für Notleidenden Menschen zurückführen und dem Anliegen, die Gemeinschaft der Kirchen durch eine zwischenkirchliche Organisation zu stärken. Gleichwohl verfolgte der ÖRK mit seinen Aktivitäten politische und ideologische Ziele, die erkennbar christliche Standpunkte in schweren Zeiten sicherzustellen versuchten, gegen maßgeblich so bedrohliche Ideologien wie den Kommunismus, den säkularen Humanismus

und die Apartheid. Die aktive Rolle eines ökumenisch ausgerichteten amerikanischen Mainstream Protestantismus, der in dieser Hinsicht Druck auf den ÖRK ausübte, steht außer Frage.

Auch wenn der ÖRK als ein politisch aktives Organ gegen den kalten Krieg betrachtet werden kann, ist es realiter mehr als eine internationale Organisation in Erscheinung getreten, die in die ideologischen Debatten eingriff, um die operativen Voraussetzungen der Kirchen und den Respekt vor den Menschenrechten sicherzustellen. Da sowohl konkretes als auch prophylaktisches Handeln erforderlich war, um die Gemeinschaft der Christen über die politischen und ideologischen Grenzen hinaus zu erhalten und zu stärken, konzentrierten sich die drei programmatischen Ansätze nicht auf die dogmatische Lehre, sondern auf die Sozialethik.

Katharina Kunter, Revolutionäre Hoffnungen und globale Transformationen: Der Ökumenische Rat der Kirchen in den 1960er Jahren

Dieser Artikel veranschaulicht einige der tiefen strukturellen und politischen Transformationen, die der Ökumenische Rat der Kirchen in den 1960er und 1970er Jahren durchlief. Eine dieser Veränderungen betraf die wachsende Repräsentanz der neuen, unabhängigen christlichen Kirchen in Afrika und Asien, die dem Ökumenischen Rat der Kirchen seit 1961 infolge des Dekolonisierungsprozesses angehörten. Mit diesem Wandel begann die De-Westernisierung des Ökumenischen Rates der Kirchen. Sie erstreckte sich über die Zeit der »langen sechziger Jahre« und machte aus einem hauptsächlich Anglo-Amerikanischen Netzwerk eine moderne, internationale nichtstaatliche Organisation. Zur selben Zeit rückte der Nord-Süd-Konflikt mehr und mehr in das Zentrum der ökumenischen Debatten, während der Ost-West-Konflikt sich allmählich an den Rand verlagerte.

Aila Lauha, Trends im ökumenischen Denken und in der interkonfessionellen Zusammenarbeit in Finnland seit den 1800er Jahren

Dieser Beitrag bietet einen Überblick über religiöse Entwicklungen in Finnland unter dem Gesichtspunkt religiöser Toleranz zwischen unterschiedlichen christlichen Konfessionen, der die großen Schritte auf dem Weg zu einer ökumenischen Verständigung nachzeichnet. Er reflektiert, inwieweit die politischen und sozialen Rahmenbedingungen und deren Veränderungen die Bereitschaft zur Förderung des ökumenischen Denkens und Handelns in Finnland beeinflusst haben.

Bis 1809 war Finnland ein Teil Schwedens, in einer Konstellation, die aufgrund der schwedischen Staatskirchenpolitik eine strenge lutherische religiöse Einheitlichkeit erforderte. Gleichwohl gehörten bis Anfang des 20. Jahrhunderts noch mehr als 98 % der finnischen Bevölkerung zur Evangelisch-Lutherischen Kirche. Das Interesse an ökumenischer Zusammenarbeit wird in diesem Artikel herausgestellt, das während der finnischen Autonomie (1809–1917), als Finnland Teil des russischen Großherzogtums war, schrittweise zugenommen hatte. Ökumenische Kontakte wurden bereits in dieser Zeit mit dem Vorgänger des heutigen Finnischen Ökumenischen Rates hergestellt, der 1917 gegründet wurde. Bereits vor der finnischen Unabhängigkeit im Jahre 1917 haben führende finnische ökumenische Aktivisten, die auf die repressive Politik Russlands

reagierten, ihre internationalen und ökumenischen Kontakte für ihre nationalistischen Ziele eingesetzt.

Im Jahr 1923 trat in Finnland ein neues Gesetz über die Religionsfreiheit in Kraft, aber auch danach verließ nicht mehr als 1% der Bevölkerung die Lutherische Kirche. Während der Zwischenkriegszeit wurde das Interesse an der ökumenischen Zusammenarbeit stärker. Die Schlüsselmerkmale dieser Entwicklung werden in diesem Artikel vor allem unter dem Gesichtspunkt dargestellt, inwieweit die Außenpolitik des im Entstehen begriffenen finnischen Staates und andere typische politische Tendenzen dieser Zeit diese Bemühungen beeinflussten. Dabei geraten auch die ökumenischen Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg in den Blick, wobei sich der Beitrag auf die zentralen Themen und Strategien der lutherischen Kirche richtet.

Mikko Ketola, Wurde aus Finnland ein ökumenisches Vorzeigeland? Entwicklungen der lutherisch-katholischen Beziehungen von den 1960er zu den 1990er Jahren

Dieser Artikel richtet seinen Fokus auf die Geschichte der ökumenischen Beziehungen in Finnland zwischen den 1960er und den frühen 1990er Jahren und geht dabei der Hypothese nach, dass sich Finnland in dieser Zeit zu einem »ökumenischen Modellland« entwickelte. Wann und von wem dieses Konzept, das seit den späten 1990er Jahren gelegentlich auftauchte, entwickelt wurde und ob es heute noch ein brauchbarer Begriff ist, sind weitere Fragen, die dabei in den Blick genommen werden.

Im finnischen Kontext liegt die Hauptquelle für die Untersuchung dieser Fragen in der positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen der lutherischen Kirche zu ihren katholischen und orthodoxen Schwesterkirchen. In jedem Jahrzehnt gab es Anlässe, die wichtige Schritte auf dem Weg zu immer freundlicheren Beziehungen ankündigten. Das Zweite Vatikanische Konzil hat mit seinen ökumenischen Zielen einen erheblichen Einfluss auf Finnland ausgeübt und den Keim für weitere Veränderungen gelegt. Die gemeinsame »ökumenische Pilgerfahrt« finnischer Kirchenführer nach Rom, von denen die erste 1985 stattfand, hob die zwischenkirchliche Zusammenarbeit auf eine neue Ebene. Diese Bemühungen wurden fortgesetzt, als Papst Johannes Paul II. 1989 Finnland besuchte, wo er nicht nur von der lutherischen Kirchenleitung, sondern auch vom orthodoxen Metropoliten begrüßt wurde. In den 1990er Jahren sind die ökumenischen Beziehungen noch enger geworden.

Anders Jarlert, Nathan Söderblom und »Nationalismus«: Riga, Uppsala und die Ruhrkrise

Aufgrund seines ökumenischen Internationalismus wurde der schwedische Erzbischof Nathan Söderblom – im Gegensatz zu anderen schwedischen Theologen seiner Zeit – als Gegner des Nationalismus angesehen. Wie jedoch Kjell Blücker, Aila Lauha und andere deutlich gemacht haben, zeigte Söderblom durchaus nationalistische Tendenzen. Andere Forschende haben versucht, seinen Nationalismus als bloßen Patriotismus abzutun. In diesem Artikel wird anhand exemplarischer Aktionen Söderbloms in Riga, Uppsala und der Ruhrkrise nachgewiesen, dass Söderblom durchaus von nationalistischen Bestrebungen motiviert war, obwohl er sich von extremeren Formen des Nationalismus distanzierte. Darüber hinaus hinterfragt dieser Beitrag zugleich

eine gemeinsame in der Geschichtswissenschaft und der Kirchengeschichte verbreitete Untersuchungsmethode, die konträre Positionen als einander ausschließende Gegensätze versteht und dabei jegliche Gemeinsamkeit negiert und manchmal auch offensichtliche und evidente Elemente in der Entwicklung zugunsten eines Entweder-Oder vernachlässigt.

Aappo Laitinen, Religion und Politik in Malta während der Zwischenkriegszeit: Im Konflikt mit dem »protestantischen« Großbritannien und dem Heiligen Stuhl

Das im frühen 19. Jahrhundert ins britische Empire eingegliederte Malta war im 20. Jahrhundert Schutzraum einer eigenartigen Mischung von Strömungen aus Großbritannien, Sizilien und Italien, um nur einige zu nennen. Die maltesische Bevölkerung war größtenteils römisch-katholisch, und die katholische Dominanz zeichnete sich nicht nur durch das Leben der Gläubigen, sondern auch durch das politische und kulturelle Klima der Inseln aus. Großbritannien hingegen wurde weitgehend als protestantische Macht betrachtet, womit Malta auf der schmalen Linie zwischen diesen beiden religiösen und kulturellen Kontexten lag. In diesem Beitrag untersuche ich den Einfluss der Religion auf Malta in der Zwischenkriegszeit. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der politisch-religiösen Krise von 1927–1933, die als ein lokaler Konflikt zwischen Politikern und römisch-katholischen Bischöfen in eine diplomatische Sackgasse führte. Dabei vertrete ich die Ansicht, dass die traditionelle Trennung zwischen römischem Katholizismus und Protestantismus nicht im Zentrum dieses Streits stand. Vielmehr war es die unrealistische Idee einer uneingeschränkten Trennung von Religion und Politik, die die religiöse Debatte in Malta prägte. Sowohl die römisch-katholische Kirche als auch die britische Regierung glaubten, dass Religion und Politik voneinander getrennt werden könnten und sollten. Wie die Zwischenkriegszeit in Malta deutlich belegt, lässt sich eine solche Trennung nicht erreichen.

Ville Jalovaara, Die Begegnungen der nordischen Bischöfe im Kalten Krieg: Kooperation oder Konfrontation?

Ziel des Artikels ist es zu untersuchen, ob die politischen Differenzen des Kalten Krieges in den Begegnungen der nordischen Bischöfe von den 1940er bis in die 1980er Jahre thematisiert wurden. Diese Zusammenkünfte hatten in den 1920er Jahren begonnen. Bei diesen alle drei Jahre einberufenen Begegnungen trafen sich Bischöfe der finnischen, schwedischen, norwegischen und isländischen lutherischen Kirchen in einem der nordischen Länder, um gemeinsame Fragen zu diskutieren. Diese Studie, die auf Archiv- und Pressematerial basiert, verfolgt die These, dass die Diskussionen während dieser Treffen und die ihnen folgenden Stellungnahmen die nationalen außenpolitischen Linien der jeweiligen Repräsentanten der teilnehmenden Länder einnahmen. Finnland, als Nachbar der Sowjetunion, zeigte den behutsamsten Ansatz. Schwedens Neutralität zeigte sich in seinem Verständnis für die Position Finnlands. Norwegen und Dänemark waren als NATO-Staaten am ehesten geneigt, westliche Ansichten über die Sowjetunion im Kalten Krieg zu unterstützen. Dies wurde besonders in den frühen 1970er Jahren deutlich, als die norwegischen Bischöfe die Versammlungen als Plattform zu nutzen versuchten, um die kommunistischen Staaten für ihre antireligiöse

Politik zu kritisieren. Ansichten der kleinen isländischen Kirche über die Außenpolitik wurden bei diesen Treffen nur selten berücksichtigt.

Stefan Gärtner, Zeitgeschichte als Orientierung? Zur Bedeutung der Eingliederung von Heimatvertriebenen ins Nachkriegsdeutschland für Integration heute

Der Artikel stellt zunächst im Überblick die Geschichte der deutschen Heimatvertriebenen in der Nachkriegszeit dar. Dabei wird zwischen ihrer gesellschaftlichen und kirchlichen Integration unterschieden. Die Darstellung verfolgt die grundlegende Frage, inwieweit die historischen Ereignisse auch eine Bedeutung für die aktuellen Migrationsbewegungen nach Europa haben. Neben Unterschieden zeigen sich nämlich auch Parallelen zwischen den Flüchtlingen damals und heute. So kann positiv auf die Bedeutung von religiösen Bindungen, die landsmannschaftliche Solidarität oder auf identitätsstiftende Erzählungen und Symbole in der Ankunftsregion verwiesen werden, die einen Interpretationsrahmen für die Integration der Neuankömmlinge bieten können. Auf der anderen Seite wird diese Integration heute wie damals erschwert, wenn sie als asymmetrische Anpassung der Migranten an eine vermeintlich homogene Mehrheitsgesellschaft vorgestellt wird. Dies hat den gegenteiligen Effekt und verstärkt gerade die Ausprägung einer Gegenidentität bei Flüchtlingen.

Gerhard Besier, Das Einhalten von Grenzen – lokale Selbstverwaltung, territoriale Integrität, kulturelle Besonderheit und der Schutz von Minderheiten: eine teilweise gemeinsame nordische Perspektive auf die Åland-Inseln (1938–1945)

Der Konflikt um den geplanten Bau von Befestigungsanlagen zum Schutz der Åland-Inseln gegen die mögliche Intervention von Großmächten zwischen 1938 bis 1945 zeigt, dass die intendierte gemeinsame Verteidigung der Nordischen Neutralität auf schwachen Füßen stand. Letztlich blieb Finnland dem Druck der UdSSR allein ausgesetzt. Die Einwohner der Åland-Inseln wollten zwar ihre Autonomie bewahren, zu deren Schutz aber keine Anstrengungen unternehmen. Bis heute ist das völkerrechtliche Problem ungelöst geblieben, wie kleine neutrale Länder sich den »Schutz«-Zumutungen großer Mächte entziehen können. Immerhin gehören die Åland-Inseln zu den wenigen Beispielen, bei denen der Vermittlung des Völkerbundes ein moderater Erfolg beschieden war.